

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

15. Oktober 1948

Blatt 1401

## 100 Jahre Wiener Gemeinderat

Anlässlich der hundertsten Wiederkehr des Tages, an dem die erste aus freier Wahl gebildete Gemeindevertretung in Wien zusammengetreten ist, hielt Bürgermeister Dr.h.c. Körner zu Beginn der heutigen Geschäftssitzung des Wiener Gemeinderates folgende Ansprache:

"Das Revolutionsjahr 1848 bedeutet auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung einen so markanten Wendepunkt, daß man es schlechthin als das Geburtsjahr unserer modernen Verwaltungseinrichtungen bezeichnen kann. Die bis dahin von den Patrimonialherrschaften ausgeübte politische und Gerichtsverwaltung erster Instanz ging damals auf die staatlichen Behörden (Bezirkshauptmannschaften und Bezirksgerichte) über. Auch die Gemeinden wurden von der Bevormundung durch die Patrimonien frei und sollten nun nach dem Wortlaut des österreichischen Gemeindegesetzes vom 17. März 1849 in Hinblick als "freie Gemeinden im freien Staate" die unentbehrlichen Bausteine des gesamten Staatsgefüges bilden.

Die Stadt Wien und ihre Bevölkerung hat an der Erhebung des Jahres 1848 bekanntlich führenden Anteil genommen. Es war daher natürlich, daß gleich in den ersten Tagen der Revolution auch die Stadtverwaltung die ihr seit dem 16. Jahrhundert in der Zeit des fürstlichen Absolutismus angelegten Fesseln (Stadtordnung von 1526, Magistratsordnung von 1782) abwarf und sich wieder als freie Vertretung des städtischen Bürgertums konstituierte. Zunächst am 15. März in einem provisorischen, im Drang der Tagesereignisse gebildeten Bürgerausschuß, der am 20. Mai durch die erste aus einer Wahl

hervorgegangenen Gemeindevertretung, dem sogenannten Gemeindeausschuß abgelöst wurde. Dieser Gemeindeausschuß bestand aus 100 Mitgliedern, davon 20 aus der Inneren Stadt, 80 aus den Vorstädten, und zwar in seiner politischen Zusammensetzung eine gemäßigt-liberale Vertretung des besitzenden Bürgertums. Sein Wirkungskreis war auf die rein verwaltungsmäßigen Aufgaben beschränkt, die ihm aus der Not der Zeit und den Tages Sorgen der Bevölkerung erwachsen. In das politische Geschehen, das sich, besonders dramatisch in den Mai- und Augusttagen, zwischen der Regierung, (die ja auch in Wien ihren Sitz hatte) und dem revolutionären "Sicherheitsausschuß", zwischen der bürgerlichen Nationalgarde und der um ihre soziale Besserstellung kämpfenden, zur Selbsthilfe greifenden Arbeiterschaft abspielte, in diese politischen Kämpfe hat sich der Gemeindeausschuß nicht eingemengt.

Als eine seiner ersten Aufgaben betrachtete er die Ausarbeitung der neuen Stadtverfassung und einer Wahlordnung für den endgültigen Gemeinderat. Dies war im Herbst 1848 geschehen. Am 5. Oktober fand die Wahl des neuen Gemeinderates statt, am 7. Oktober trat er zu seiner ersten Sitzung zusammen. Er bestand aus 150 Mitgliedern, 20 aus der Stadt, 130 aus den Vorstädten, in ihrer Mehrheit wieder gemäßigt-liberale Vertreter von Gewerbe und Handwerk. Sein Wirksamkeitsbeginn fällt zusammen mit dem Ausbruch der Oktober-Revolution - für die Stadt Wien und die Gemeindeverwaltung wohl die schwerste Zeit des Jahres 1848. Die Belagerung der Stadt durch Windischgrätz begann am 20. Oktober und endete mit ihrer Eroberung am 31. Oktober. Der Gemeinderat hatte sich vom ersten Tag seines Bestehens an in Permanenz erklärt, um den laufenden Anforderungen des Tages gewachsen zu sein. Als der Kampf nicht mehr zu vermeiden war und die Belagerung begann, hat er sich auf eine Vermittlerrolle festgelegt, für die er aber weder bei den zum Widerstand entschlossenen Bevölkerungskreisen noch bei Windischgrätz Verständnis fand.

Nach der Kapitulation oblag ihm die peinliche Aufgabe der materiellen Liquidierung der Revolution unter der Despotie des Belagerungszustandes.

In den nun folgenden Jahren des Neuabsolutismus, die dem Lande zunächst die oktroyierte Verfassung vom März 1849, im Dezember 1851 aber bereits deren Aufhebung brachte, war der Gemeinderat das einzige aus der Revolution hervorgegangene politische Gebilde, das sich bis zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände - zum ersten Mal im Oktoberdiplom des Jahres 1860 - erhielt. Seiner geschickten Haltung gelang es auch die einschränkenden Bestimmungen des österreichischen Gemeindegesetzes von 1859, durch Vertagung der Beratungen darüber, nicht in Wirksamkeit treten zu lassen, sodaß das Wiener Gemeindestatut vom 6. März 1850 bis zum Beginn der liberalen Ära im Jahre 1868 und darüber hinaus bis zum neuen Statut von 1890 unverändert bestehen blieb.

Die Statute von 1890 und 1904 betrafen im wesentlichen Vergrößerungen und Veränderungen des Gemeindegebietes. Das Statut von 1890 verfügte darüber hinaus die Schaffung des Stadtrates und 1900 die Einführung eines vierten allgemeinen Wahlkörpers. Damit war der erste entscheidende Schritt zur Demokratisierung des Wahlrechtes getan. Das Statut von 1919 führte das allgemeine Wahlrecht auch für den Gemeinderat ein.

Mit dem Trennungsgesetz vom 29. Dezember 1921 wurde das Land Wien geschaffen, der Gemeinderat übte seither auch die Agenden des Landtages aus.

Mit dem 12. Februar 1934 fand die demokratische Gemeindeverwaltung und mit ihr auch der Gemeinderat und Landtag ein vorläufiges Ende. Die Stadt wurde ihres Charakters als Land entkleidet, die neue Stadtordnung vom 31. März 1934 bestimmte als Gemeindevertretung die auf berufsständischer Grundlage vom Bürgermeister ernannte, also nicht von der Bevölkerung gewählte "Wiener Bürgerschaft".

Ihr Nachfolger wurde mit der nationalsozialistischen Machtergreifung im Jahre 1938 die Versammlung der Wiener "Ratsherren"; sie hatte aber in der nach dem "Führerprinzip" aufgebauten Verwaltung natürlich nur beratende, keinerlei beschließende Funktion.

Nach der Befreiung im Jahre 1945 wurde die Verfassung der Stadt Wien nach dem Wortlaut des Textes von 1931

wiederhergestellt. Die Verwaltung wurde zunächst auf Grund von Vereinbarungen der drei demokratischen Parteien geführt; die im November 1945 durchgeführten Wahlen setzten Gemeinderat und Landtag wieder in Wirksamkeit.

Wie jedes politische Gebilde ist auch der Wiener Gemeinderat in den hundert Jahren seines Bestandes ein Abbild der jeweiligen politischen Verhältnisse gewesen. Wenn wir also heute gleichsam den 100. Geburtstag des Wiener Gemeinderates feiern, dann geschieht dies in einem Staate, der auf wahrhaft demokratischer Basis aufgebaut ist und von einer Körperschaft, die nach den Grundsätzen der Demokratie vom Wiener Volke nach einem wahrhaft gleichen und allgemeinen Wahlrecht gewählt wurde.

Wenn wir diesen Gedenktag nicht zum Gegenstand einer eigenen besonderen Feier gemacht haben, so war dafür die Tatsache maßgebend, daß die Stadt Wien die hundertste Wiederkehr der Wiener Revolution, der der <sup>Wiener</sup> Gemeinderat sein Entstehen verdankt, bereits im März und durch die Ausstellung "Wien 1848" in würdiger Weise gefeiert hat.

Am Beginn unserer heutigen Sitzung, die den Problemen unserer Zeit und dem Wiederaufbau unserer Stadt gewidmet ist, wollen wir jedoch der Männer gedenken, die vor 100 Jahren unter ebenfalls schwierigen Umständen, aber ohne Vorbild und ohne demokratische Schulung als Beauftragte des Wiener Volkes den ersten demokratischen Wiener Gemeinderat gebildet haben. Die äußeren Formen haben im Laufe dieses Jahrhunderts manche Veränderung erfahren. Der demokratische Grundgedanke der Vertretung des Volkes zur Wahrnehmung der Interessen des allgemeinen Wohles ist der gleiche geblieben. Er hat in unserer republikanischen Verfassung eine Form der Verwirklichung gefunden, die zu den wirksamsten und besten gezählt werden kann. Die Aufgaben des Gemeinderates sind in dieser Zeit vielseitiger und weit umfangreicher geworden. Immer aber wird es die vornehmste Aufgabe des Gemeinderates sein, der Wiener Bevölkerung zu dienen und ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Dieser Aufgabe dient auch unsere heutige Sitzung, mit deren Tagesordnung wir nunmehr beginnen wollen!"

- - -

(Das folgende Blatt ist für den Lebensmittelaufruf reserviert)

# ! RICHTIGSTELLUNG !

15. Oktober 1948

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1405

46/2

Landesernährungsamt Wien

## Lebensmittelaufruf

für die Woche vom 18.-24.10.1948

Ver- rech- nung Nr.	Lebensmittel		Normalkarten					Zusatzkarten				
			K1st	K1k	K	Jgd	E	Sst	S	A	Jgd/Z	M
			0-3	3-6	6-12	12-18	üb. 18	Schwerstarb.	Schweraru.	Arbeiter	Jgd-Zusatz	Mütter
			Menge   Abs.	Menge   Abs.	Menge   Abs.	Menge   Abs.	Menge   Abs.	Menge   Abs.	Menge   Abs.	Menge   Abs.	Menge   Abs.	Menge   Abs.
12	Brot	g	100 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	500 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	500 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	500 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	500 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	1650 <sup>13</sup>	1300 <sup>13</sup>	400 <sup>13</sup>		
	- " -	"		300 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	500 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	500 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	500 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>					
	- " -	"			200 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	550 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	550 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>					
	- " - (Brotkleinabschn. 2.W.)	"	200 <sup>4</sup> / <sub>5</sub>	200 <sup>4</sup> / <sub>5</sub>	500 <sup>10</sup> / <sub>5</sub>	750 <sup>15</sup> / <sub>5</sub>	750 <sup>15</sup> / <sub>5</sub>					
12	Weißes Kochmehl	"	300 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	300 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	300 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	450 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	450 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>					
24	a Frischfleisch	"	100 <sup>6</sup>	150 <sup>6</sup>	200 <sup>6</sup>	200 <sup>6</sup>	200 <sup>6</sup>	150 <sup>14</sup>	150 <sup>14</sup>	50 <sup>14</sup>		100 <sup>14</sup>
	- " - (Fleischkleinabschn. 2.W.)	"		50 <sup>15</sup>	50 <sup>15</sup>	100 <sup>25</sup>	100 <sup>25</sup>					
23	a Schmalz	"				250 <sup>8</sup>	250 <sup>8</sup>	120 <sup>15</sup>	50 <sup>15</sup>			30 <sup>15</sup>
	- " - (Fettkleinabschn. 2.W.)	"				50 <sup>105</sup>	50 <sup>105</sup>					
11	a <sub>b</sub> Butter	"	125 <sup>8</sup> *	160 <sup>8</sup> *	220 <sup>8</sup> *							
	- " - (Fettkleinabschn. 2.W.)	"		30 <sup>65</sup>	30 <sup>65</sup>							
5	a <sub>c</sub> Weißes Kochmehl	"	100 <sup>25</sup>	300 <sup>25</sup>	420 <sup>25</sup>	340 <sup>25</sup>	360 <sup>25</sup>	360 <sup>16</sup> *	250 <sup>16</sup> *	100 <sup>16</sup> *		160 <sup>16</sup> *
	- " - (Nährmittelabschnitt)	"		100 <sup>1</sup>	100 <sup>1</sup>							
1	Hülsenfrüchte (Nährmittelabs.)	"				100 <sup>1</sup>	100 <sup>1</sup>	400 <sup>17</sup> *	400 <sup>17</sup> *	300 <sup>17</sup> *		
	d Kindernährmittel	"	x									
9	a <sub>e</sub> Trockenmilch	"			220 <sup>25</sup> *							
3	f Zucker	"	320 <sup>25</sup>	320 <sup>25</sup>	320 <sup>25</sup>	320 <sup>25</sup>	320 <sup>25</sup>				700 <sup>I-IV</sup>	100 <sup>17</sup> *
	g Eier (EIERKARTE)	St.	1 <sup>29</sup>	1 <sup>29</sup>	1 <sup>29</sup>	1 <sup>29</sup>						
6	Speisetopfen (MILCHKARTE)	g		100 <sup>w</sup> *								
7	Schmelzkäse	"										200 <sup>18</sup> *
8	e Trockenei	"						60 <sup>18</sup> *	60 <sup>18</sup> *			
1	Frischmilch täglich	l	<sup>3</sup> / <sub>4</sub>	<sup>1</sup> / <sub>2</sub>	<sup>1</sup> / <sub>4</sub>							<sup>1</sup> / <sub>2</sub>
3	h Magermilch pro Woche	"				<sup>6</sup> / <sub>8</sub>	<sup>2</sup> / <sub>8</sub>					
	i Kartoffeln (KARTOFFELK. <sup>43</sup> / <sub>47</sub> )	g	700 <sup>46</sup> / <sub>4</sub>	1400 <sup>46</sup> / <sub>4</sub>	1400 <sup>46</sup> / <sub>4</sub>	1400 <sup>46</sup> / <sub>4</sub>	1400 <sup>46</sup> / <sub>4</sub>	700 <sup>22</sup>	700 <sup>22</sup>	700 <sup>22</sup>		
TAGESKALORIENDURCHSCHNITT			1211	1567	1925	2099	2099	3369	3096	2507	2199	2616

- a) Abschnitte 6, 8, 24 und 25 mit Aufdruck "SV" sind ungültig
  - b) Für Kinder von 3 bis 12 Jahren Buttersausgabe und Verrechnung nach der Milchrayonierung; Kinder von Milchselbstversorgern erhalten gegen Entwertung des Abschnittes 8 der Lebensmittelkarte durch die Kartenstelle einen Berechtigungsschein
  - c) Ausgabe nach der Nährmittelrayonierung
  - d) In der Vorwoche für zwei Wochen aufgerufen
  - e) Ausgabe nach der Fettrayonierung
  - f) Werktätige Jugendliche erhalten für die 46. und für die 45. Periode je 700 g Zucker; die Bezugsabschnitte I bis IV sind zusammenhängend abzutrennen und zu verrechnen! Kalorienanrechnung für die 46. Periode wochenweise
  - g) Nach Maßgabe der Anlieferung, Ausgabe in Milchgeschäften, Restbestände auch in Lebensmittelgeschäften
  - h) Für Jugendliche auf die Milchkarte, für Erwachsene auf den Kundenausweis
  - i) Bereits aufgerufen
- \* Abschnitte sind zu entwerten, alle übrigen abzutrennen!

## Wiener Landtag

=====

Der Wiener Landtag ist heute um 10.15 Uhr vormittag unter Vorsitz des Landtagspräsidenten Bauer (ÖVP) zu seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammengetreten. Zu Beginn der Sitzung hielt der Vorsitzende einen Nachruf auf den verstorbenen Landtagsabgeordneten und Gemeinderat Gottfried Rezniczek, der von den Abgeordneten stehend angehört wurde. Der Abgeordnetensitz des Verstorbenen war schwarz ausgeschlagen und mit einem Kranz belegt.

Über den einzigen Punkt der Tagesordnung, und zwar über das Wiener Wiederverlautbarungsgesetz referierte Stadtrat Afritsch. Er betonte die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit, Landesgesetze unter Berücksichtigung ihrer oft zahlreichen Ergänzungen und Änderungen in einer Neuverlautbarung zusammenzufassen. Er wies ferner darauf hin, daß die für die Landesregierung in der Vorlage vorgesehenen Befugnisse, unzutreffende Behördenbezeichnungen und fremde Ausdrücke zu ersetzen, Rechtsvorschriften richtigzustellen, die Bezeichnung der Paragraphen und Absätze zu ändern und Ergänzungen einzubauen, sich streng an die der Bundesregierung im analogen Bundesverfassungsgesetz gegebene Ermächtigung halten und nur formeller Natur sind.

Landtagsabgeordneter Dr. Altmann (KPÖ) unterstrich die Notwendigkeit der im neuen Wiener Wiederverlautbarungsgesetz enthaltenen weitgehenden Ermächtigungen nach der Verwirrung des gesamten Rechtsgebäudes nach der Zeit des Faschismus. Weiter wäre aber wichtig, daß auch noch andere Mängel der jetzigen Verfassung beseitigt werden. So sei zum Beispiel die Erweiterung der Befugnisse der Bezirksverwaltungen ein dringendes Erfordernis. Wohl ist diese Demokratisierung eine österreichische Frage und seit Jahren ungelöst. Wien hätte aber die Aufgabe, auf diesem Gebiet voranzuschreiten und beispielgebend zu wirken. Den Bezirksverwaltungen müßten alle jene Rechte zuerkannt werden, die ihnen nach der Verfassung zustehen.

Stadtrat Afritsch unterstrich in seinem Schlußwort die bisherigen großen Verdienste der Bezirksverwaltungen. Da im kommenden Jahr voraussichtlich die Wahlen nicht nur in den Nationalrat,

in den Landtag und Gemeinderat sondern auch in den Bezirksrat erfolgen sollen, werden dann auch die Bezirksverwaltungen neu eingerichtet werden, weil es der Wunsch aller ist, den Bezirksverwaltungen größere Rechte einzuräumen und diesen Rechten auch gesetzliche Form zu geben.

Das Wiener Wiederverlautbarungsgesetz wurde dann in erster und zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Schluß der Sitzung des Landtages 10.35 Uhr.

#### Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

Im Anschluß an die Sitzung des Wiener Landtages trat der Gemeinderat unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Körner zusammen. Zu Beginn der Sitzung wurde Wilhelm Pink (ÖVP) an Stelle des verstorbenen Gemeinderates Rezniczek (ÖVP) in den Gemeinderat gewählt.

Sodann hielt der Bürgermeister eine Festansprache anläßlich der hundertsten Wiederkehr des Tages, an dem die erste, aus freier Wahl gebildete Gemeindevertretung in Wien zusammengetreten ist. (Der Wortlaut der Rede ist auf den Blättern der "Rathaus-Korrespondenz" 1401 bis 1404 abgedruckt.)

Nun forderte Bürgermeister Körner den amtsführenden Stadtrat für das Ernährungswesen, Jonas (SPÖ), auf, Aufschlüsse über den derzeitigen Stand der Frischfleischversorgung Wiens zu geben, da durch die Meldungen der Tagesblätter in den letzten Tagen in der Wiener Bevölkerung eine Beunruhigung eingetreten ist.

Stadtrat Jonas führte u.a. aus: "Die Ereignisse der letzten Tage auf dem Gebiet der Frischfleischversorgung haben mich veranlaßt, dem Herrn Bürgermeister über die Vorkommnisse zu berichten und ich glaube, daß es auch notwendig ist, die Mitglieder des Gemeinderates ebenfalls darüber zu informieren. Nach dem Fleischaufbringungsplan war für das Jahr 1948 bis zur 39. Periode die Fleischversorgung Wiens durch Lieferungen aus den Bundesländern vorgesehen. Ab der 40. Periode bis einschließlich der 44. Periode war die Fleischversorgung aus dem Ausland gedeckt,

Innerhalb dieser 16 Wochen bekam die Bevölkerung Wiens kein Frischfleisch. Das waren die Perioden der Pferdefleischkonserven, und das Begehren nach Abwechslung in der Versorgung mit Fleisch war sehr groß.

Mit Beginn der 45. Versorgungsperiode war nach dem Jahreslieferungsplan wieder die Beteiligung der Bundesländer an der Frischfleischversorgung Wiens vorgesehen. Die Gemeinde Wien hat alles vorbereitet, um die plangemäße Versorgung mit Frischfleisch sicherzustellen. Ihre Vertreter haben anlässlich der Preis- und Kontingentverhandlungen die Gelegenheit wahrgenommen und einen Beschluß erwirkt, daß der Fleischaufruf für Wien in derselben Höhe erfolgt wie für die anderen Bundesländer. Diesen Beschluß hat später auch die Regierung sanktioniert.

Am 23. Juli hat bei den Herren Ministern Sagmeister und Kraus eine Deputation aller an der Wiener Fleischversorgung beteiligten Körperschaften vorgesprochen. Minister Kraus hat hierbei die Erklärung abgegeben, daß ab der 45. Periode die Frischfleischaufrufe voll eingehalten und die Bundesländer ihren Verpflichtungen nachkommen werden. Diese Zusagen sind der Bevölkerung durch das Radio und durch die Presse übermittelt worden. Die Gemeinde Wien hat nun nichts unterlassen, damit nur je nicht durch eine schlechte Vorbereitung ein Versagen der Fleischlieferungen eintreten könnte, und auch Herrn Bundesminister Kraus gebeten, alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Auch Herr Bundeskanzler Figl hat seine Unterstützung bei der Landeshauptleutekonferenz am 1. September zugesagt. Der Herr Landeshauptmann von Wien und ich hatten ebenfalls Gelegenheit bei dieser Konferenz die Bedürfnisse der Bevölkerung Wiens bekanntzugeben. Die Landeshauptmänner haben beschlossen, alles zu unternehmen, damit die Bundesländer ihre auferlegten Kontingente nach Wien abliefern werden. Herr Bundeskanzler Figl hat in der Zwischenzeit ebenfalls bei mehreren Anlässen die landwirtschaftlichen Kreise auf ihre Verpflichtungen gegenüber Wien aufmerksam gemacht. Er hat darauf hingewiesen, daß durch die Gewährung der kostendeckenden Preise für die Landwirtschaft jede Ausrede entfällt!"

Der Referent gab dann den Plan für die Frischfleischbelieferung Wiens ab der 45. Periode bekannt und berichtete, daß für die Belieferung das Land Wien selbst und Niederösterreich, Burgen-



land, Oberösterreich-Nord, Oberösterreich-Süd, Steiermark und Kärnten nach einem ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend abgestuften Kontingent aufkommen müssen. Das Kontingent dieser Länder für eine Versorgungsperiode beträgt 2.035 Tonnen Fleisch, es wurde an Hand der durch die Viehzählung festgestellten Ziffern erstellt. Dieses wurde von den Ländern in sehr verschiedener Weise erfüllt. Das Bundesland Wien hat sein Jahreskontingent von 250 Tonnen - dieses Kontingent ist, gemessen an den großen Verlusten, die gerade die Wiener Landwirtschaft erlitt, nicht gering - bereits überschritten. Von der Wiener Landwirtschaft wurden bereits 307 Tonnen aufgebracht. (Allgemeiner Beifall). Das Bundesland Niederösterreich hat statt 444 Tonnen nur 76.9 Tonnen abgeliefert. (Rufe: Hört! Hört!) Burgenland statt 239 nur 82.8 Tonnen. Oberösterreich-Nord statt 264 nur 150.4 Tonnen. Das Bundesland Oberösterreich-Süd ist seiner Ablieferungspflicht annähernd nachgekommen, es hat 151.1 statt 161 Tonnen geliefert. Steiermark hat statt 745 nur 537.1 Tonnen und Kärnten statt 182 nur 157.2 Tonnen geliefert. Nach dieser Aufstellung ergibt sich gegenüber der Gesamtvorschreibung von 2.035 Tonnen, ein Manko von 879.5 Tonnen Frischfleisch in einer Periode.

Nach dem Fleischablieferungsplan des Jahres 1948 haben die Länder außerdem eine Jahresverpflichtung übernommen. Bis zum Ende der 45. Periode haben die Minderlieferungen der einzelnen Länder folgende Quanten erreicht:

Niederösterreich schuldet	921.9	Tonnen im Jahre 1948 an Wien
Burgenland	282.9	"
Oberösterreich-Nord	20.5	"
" Süd	434.3	"
Steiermark	1051.4	"
Kärnten	107.1	"
	<hr/>	
	2818.1	Tonnen.

Mit dieser Hypothek ist also Wien in der Fleischversorgung belastet.

Stadtrat Jonas führte weiter aus, daß er knapp nach Beginn der 45. Periode die Bevölkerung Wiens über den Stand der Fleischversorgung in der leidenschaftslosesten und objektivsten Weise informiert habe. Er wolle nun heute die Gelegenheit wahrnehmen und die Stellungnahme einer Tageszeitung zu diesen Aus-

führungen zurückweisen. Stadtrat Jonas stellte sodann die Unrichtigkeit der Angaben der betreffenden Zeitung fest.

Stadtrat Jonas machte hierauf die Mitteilung, daß in dieser Woche nun ein neuerlicher Tiefstand in den Fleischlieferungen nach Wien eingetreten ist. Ein Drittel des Fleischbedarfes in dieser Woche kann nicht gedeckt werden. Stadtrat Jonas hat sofort Bundeskanzler Figl und die Minister Kraus und Sagmeister gebeten, in ihrem Wirkungskreis alles Erdenkliche zu unternehmen, um diesem Übelstand abzuhelfen. Minister Kraus habe telegraphische Weisungen an die Landeshauptleute ergehen lassen, damit diese die Bundesländer anweisen, ihren Verpflichtungen gegenüber Wien nachzukommen. Der Referent betonte weiter unter lebhaften "Hört-hört!" Rufen, daß er froh wäre, wenn er in dieser Woche Pferdefleischkonserven zur Verfügung hätte. Es fehlen sowohl diese als auch Fische und es muß daher in dieser Woche der Wiener Bevölkerung das Fleisch schuldig geblieben werden.

Stadtrat Jonas zeigte nun die Ursachen dieser mangelnden Belieferung Wiens mit Frischfleisch auf. Aus vielen Berichten und aus der Presse habe er wahrgenommen, daß draußen in den Bundesländern auf dem Gebiete der Viehwirtschaftung ein vollkommen chaotischer Zustand eingetreten ist. Eine gewisse Propaganda gegen die Bewirtschaftung der lebensnotwendigen Nahrungsmittel hat es mit sich gebracht, daß mit den Viehbeständen in den Bundesländern im heurigen Sommer ein arges Raubbau getrieben wurde. Diese schlechten Bewirtschaftungsmaßnahmen haben aber nicht nur in Wien zu Schwierigkeiten geführt, sondern auch in den Bundesländern, denn auch dort werden die Fleischaufrufe nicht erfüllt. Also auf der einen Seite ein scheinbarer Überfluß, auf der anderen Seite aber die Unmöglichkeit, die Aufrufe zu erfüllen. In Salzburg hat man zum Beispiel in der vergangenen Woche nur 60 bis 70 Prozent des aufgerufenen Fleisches abdecken können. In Steiermark ist es zu Vorsprachen und Unruhen gekommen, weil die dortigen Ernährungsämter den Aufruf gleichfalls nicht erfüllen können.

Man könne nur sagen, daß es ein verfehltter Standpunkt ist, wenn man die aufgestellten Pläne nicht einhält. Man kann auch die Stadt Wien nicht vom übrigen Österreich losgelöst betrachten. Niemand in Österreich darf auch einen Wohlstand für sich in Anspruch nehmen, der nicht allen Teilen der Bevölkerung zur Verfügung steht.

15. Oktober 1948

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1411

Zum Schluß nahm Stadtrat Jonas noch zur Frage der Erd-  
äpfelversorgung Stellung<sup>und</sup> machte die beruhigende Mitteilung, daß  
hier die Lieferungen nach Wien durchaus flüssig vor sich gehen.  
Seit 1. September bis gestern wurden 1069 Tonnen nach Wien ge-  
bracht. Stadtrat Jonas betonte, daß er bestrebt sei, vor Eintritt  
der Frostperiode so viel Erdäpfel als möglich nach Wien zu brin-  
gen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Im Anschluß an die Mitteilungen gab Bürgermeister Dr.h.c.  
Körner die Versicherung ab, daß die Landesregierung alles unter-  
nehmen wird, um die Rechte Wiens durchzusetzen.

Sodann referierte Stadtrat Dr. Exel über die Genehmigung neuer und die Erhöhung bzw. Auflassung bereits zum Finanzplan 1948 genehmigter Sachkredite der Wiener Elektrizitätswerke. Stadtrat Dr. Exel begründete die Notwendigkeit der Erhöhungen mit den durch das Lohn- und Preisabkommen im Jahr 1947 eingetretenen Preissteigerungen, die nur zum Teil im Finanzplan berücksichtigt werden konnten. Die Neuanschaffungen resultieren aus verschiedenen Betriebsnotwendigkeiten. Es handelt sich dabei um Erhöhungen von 5,770.000 Schilling, denen jedoch Auflassungen von 5,780.000 Schilling gegenüberstehen. Als Neuanschaffung ist eine Erdschlußlöschspule für das Unterwerk Süd notwendig geworden.

Zu diesem Antrag ergriff GR. Dr. Soswinski (KPÖ) das Wort. Er gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß noch jetzt, am 15. Oktober, Posten des Finanzplanes gänzlich gestrichen werden können, das heißt also, daß bis zum heutigen Tag mit der Verwirklichung dieser Pläne überhaupt nicht begonnen wurde.

Der Redner stellte auch fest, daß in der heutigen umfangreichen Tagesordnung drei Geschäftsstücke durch Anwendung des § 99 der Verfassung und 25 Geschäftsstücke durch den § 93 schon vorher erledigt wurden und nur zwei Anträge heute erst nachträglich vorgelegt werden. Die Möglichkeiten solcher Beschlußfassungen sind zweifellos in der Verfassung vorgesehen, aber es heißt die Arbeit des Wiener Gemeinderates bagatellisieren, wenn man sie nachträglich zu der einer Abstimmungsmaschine dagradiert. Wenn es sich als notwendig erweist, müssen eben die Vertreter der Wiener Bevölkerung auch während der Ferien zusammengerufen werden. GR. Dr. Soswinski ersuchte zum Abschluß seiner Rede, die Arbeit des Wiener Gemeinderates so einzuteilen, daß die gewählten Volksvertreter zu allen Fragen rechtzeitig Stellung nehmen können.

Stadtrat Dr. Exel betonte in seinem Schlußwort, daß der vorliegende Antrag der E-Werke den verfassungsmäßigen Weg über den zuständigen Gemeinderatsausschuß und dem Stadtsenat gegangen sei. Zu den Anschuldigungen des Vorredners, daß noch so spät im Jahr Sachkredite aufgelassen würden, bewies Stadtrat Dr. Exel in dezidiertester Form, daß alle diese vorgesehenen Projekte sich dank glücklicher Umstände oder der hervorragenden Arbeit der Bediensteten des E-Werkes als unnötig erwiesen hatten. Die Anführung von Sachkrediten im Finanzplan bedeuten selbstverständlich keinen Zwang zu ihrer Benützung, wenn sie sich als unnötig erweisen.

In der darauffolgenden Abstimmung wird der Antrag angenommen.

Über die nachträgliche Genehmigung der bereits ausbezahlten Vorschüsse auf die Teuerungszuschläge referierte Vizebürgermeister Honay. Er stellte fest, daß, da die gesetzliche Regelung noch ausstünde, die Gemeindeverwaltung in Anlehnung an die Praktizierung des Bundes bereits am 1. Oktober allen vollbeschäftigten Bediensteten 50 Schilling und allen Pensionsempfängern 40 Schilling ausbezahlt habe. Dadurch wurde eine Mehrbelastung der Gemeinde von insgesamt 4.6 Millionen Schilling verursacht, von denen 2.7 Millionen auf die Hoheitsverwaltung und 1.9 Millionen auf die städtischen Unternehmungen entfallen. Die Gemeinde ist gegenwärtig damit beschäftigt, die Berechnung der neuen Lohnerhöhungen auszuarbeiten und wird diese Arbeiten bald abgeschlossen haben. Die gesetzlichen Grundlagen für die Auszahlung fehlen jedoch noch. Da auch die Alliierten ihre Zustimmung erteilen müssen, wird das Gesetz wahrscheinlich erst am 15. November in Kraft treten können. Daher wird die Gemeinde am 1. November neuerlich die im Antrag festgesetzten Vorschüsse auszahlen und am 1. Dezember werden die Bediensteten der Stadt Wien die Erhöhungen im vollen Ausmaß bekommen. (Beifall bei der SPÖ).

In der Debatte über die Praxis der Auszahlung von Vorschüssen an die Gemeindeangestellten, ergriff GR. Dr. Altmann (KPÖ), das Wort, der sie grundsätzlich gut hieß. Nichtsdestoweniger gab er seiner Meinung Ausdruck, daß alle Vorschüsse samt der folgenden Nachzahlung am 1. Dezember für die Lohnempfänger nicht ausreichen würden. Im Vergleich mit den Gehältern der Angestellten in der Privatwirtschaft sind die öffentlichen Angestellten immer noch im Nachteil und können oft nicht für das Notwendigste aufkommen. Es soll daher die Aufgabe des Gemeinderates sein, sich mit allen Kräften für eine bessere Entlohnung der Gemeindeangestellten sowie auch aller anderen Bürger dieser Stadt einzusetzen. Er erinnerte an seinen Antrag in der Budgetdebatte auf eine 25prozentige Lohnerhöhung. Sein Antrag wurde damals abgelehnt und er will ihn deswegen heute nicht mehr wiederholen. Er gab abschließend der Meinung Ausdruck, daß trotz der großen finanziellen Schwierigkeiten eine günstigere Lohngestaltung als die bewilligten sechs Prozent möglich wäre.

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß die Diskussion gezeigt habe, wie schwierig das Problem der Lohnerhöhung auch im Wiener Gemeinderat zu behandeln ist. Er sagte unter anderem: "Ich will mich in eine lange Auseinandersetzung mit dem Herrn Kollegen Dr. Altmann schon deswegen nicht einlassen, weil gerade in den letzten Wochen über dieses brennende Problem unserer Wirtschaft gerade von kommunistischer Seite mehr als die gewöhnliche Demagogie getrieben worden ist. (Zwischenrufe). Ich wundere mich, daß Gemeinderat Dr. Altmann auch hier im Gemeinderat in dieselbe Kerbe haut, weil hier doch die Interessen Wiens, was die Gemeindeverwaltung anlangt, nicht von kapitalistischen Motiven diktiert sind.

Was die Vorlage selbst anbelangt, so möchte ich bemerken, daß die Gemeindeverwaltung weder auf die 6 Prozent noch auf 34 Schilling, noch auf die 23 Schilling irgendeinen Einfluß genommen hat. Wir haben das fertige Konzept vorgelegt bekommen und G.R. Dr. Altmann hat selbst schon auf die Parallelität von der Bezahlung der Bundes- und der Gemeindeangestellten hingewiesen. Wir haben uns nur dieser gleichförmigen Behandlung in der Gehaltsfrage nach dem Lohn- und Preisabkommen, wie sie beim Bund besteht, angeschlossen und dem Gemeinderat die entsprechenden Anträge vorgelegt.

Ich kann heute noch gar nicht ermessen, wie hoch die Lasten für die Unternehmungen und für die Hoheitsverwaltung aus der vollen Auswirkung dieser 6-prozentigen Lohnerhöhung und aus den Zulagen von 34 Schilling für den Haushalt und von 23 Schilling für jedes Kind sein werden. Aber wir wissen alle, - und gerade die Herren aller drei Parteien, die an der Vorberatung des Vorschlages für das Jahr 1949 arbeiten, können das hier doch ganz ruhig zugeben, - daß die Gemeindeverwaltung sich derzeit nicht gerade in rosigen finanziellen Verhältnissen befindet. Ein Schelm ist der, der mehr verspricht als er zu geben in der Lage ist. Ich will damit keineswegs als Personalreferent sagen, daß unsere Angestellten auf Rosen gebettet sind und nicht mehr brauchen würden. Das ist in der heutigen Zeit, da wieder eine gewisse Warenmenge in die Bevölkerung hineingepumpt wird, ganz selbstverständlich und kein vernünftiger Mensch wird sich dieser Argumentation verschließen, unserer Bevölkerung das zu geben, was wirklich der österreichischen Wirtschaft und auch ohne die Gemeindegewirtschaft zu gefährden, gegeben werden kann.

Stadtrat Novy (SPÖ) referierte sodann über die geplanten Bauvorhaben der Gemeinde Wien im Jahre 1948. Er stellte fest, daß die Tätigkeit der Gemeinde Wien auf dem sozialen Wohnungsbau bereits an sieben Baustellen deutlich wahrnehmbar ist, und zwar in der Per Albin Hansson-Siedlung, in den Siedlungen Hirschstetten, Neustraßäcker, Kagran, Rodaun und in den zwei Hochhäusergruppen im 13. und 18. Bezirk. In der Per Albin Hansson-Siedlung wird bereits heuer ein Teil des Baues der Benützung übergeben werden können. (Starker Beifall.)

Im Laufe der Sommermonate wurden nun weitere Vorschläge ausgearbeitet, um nach Maßgabe der vorhandenen finanziellen Mittel, des vorhandenen Baumaterials und der vorhandenen Arbeitskräfte den sozialen Wohnungsbau fortzusetzen. Dem Wiener Gemeinderat werden nun heute eine Reihe solcher Vorhaben zur Beschlußfassung vorgelegt. Wenn Gemeinderat Dr. Soswinski darauf verwiesen hat, daß diese Bauvorhaben auf Grund des § 93, bereits durch den Bürgermeister genehmigt wurden, dann ist zu sagen, daß der Bürgermeister wahrscheinlich immer in der Zeit desurlaubes des Gemeinderates solche Beschlüsse fassen wird. Der § 93 hat es ermöglicht, daß heute schon an den Baustellen gearbeitet wird und daß diese viele Wochen früher vollendet werden können.

Der Referent führte dann im einzelnen die durch den Gemeinderat zu beschließenden Bauvorhaben an. Sie umfassen insgesamt 1375 Wohnungen, mit deren Bau schon begonnen werden konnte. Das Gesamtkostenerfordernis hierfür beträgt rund 121 Millionen Schilling. In diesen Kosten sind auch die Beträge enthalten, die für die Errichtung von Geschäftslokalen, Fürsorgestellen, Kindergärten und Tbc-Fürsorgestellen in diesen Gemeindebauten aufgewendet werden müssen.

Abschließend betonte Stadtrat Novy, daß er glaube, daß die Gemeinde Wien mit diesen Bauvorhaben wieder einen weiteren Schritt auf dem Gebiete des sozialen Wohnungsbaues getan habe. (Allgemeiner Beifall.)

GR. Maller (KPÖ) begrüßte es im Namen seiner Fraktion, daß die Gemeindeverwaltung endlich Ansätze zu einer nennenswerten Bautätigkeit zeige. Die Kommunistische Fraktion habe dem Wiener Gemeinderat bereits vor längerer Zeit ein Wohnbauprogramm vorgelegt, das den Unwillen des Hauses erregt habe. Wir freuen uns nun, daß unser Programm bewirkt hat, daß die Gemeinde Wien endlich Maßnahmen für den Beginn der sozialen Wohnbautätigkeit getroffen hat. (Heiterkeit bei den Sozialisten.)

GR. Maller führte weiter aus, daß die Ausgebombten bereits sehr ungeduldig seien, und es würde für sie beruhigend wirken, wenn Stadtrat Novy konkrete Angaben machen könnte, zu welchem Zeitpunkt die Wohnungen, deren Errichtung der Gemeinderat heute geschließt, beziehbar sein werden. Außerdem stellte der Referent die Frage, ob der Finanzreferent für die Kosten von 120 Millionen Schilling für die heute vorliegenden Projekte eine Bedeckung finden würde? Im Namen der Wohnungssuchenden müsse er außerdem fragen, was getan wird, um über die Geldknappheit, die eine Folge der Benachteiligung Wiens durch die Bundesregierung und die ungünstige Abgabenteilung sei, hinwegzukommen. Sie ist das Haupthindernis für eine größere Entfaltung einer sozialen Wohnbautätigkeit.

Von den 12.062 teils zerstörten, teils schwer beschädigten Wohnungen in Gemeindebauten seien bis jetzt erst 2211 benützbar gemacht worden. Es bedarf daher weit größerer Anstrengungen als bisher, um das Wohnungselend zu lindern. Die Gemeindeverwaltung müsse sich aber auch der Ausgebombten in den Privathäusern annehmen, und die Hausbesitzer zum Wiederaufbau ihrer Häuser zwingen.

GR. Maller sprach dann noch über den katastrophalen Mangel an Möbeln und Hausrat und betonte, daß ein scharfer Kampf geführt werden müsse, um den Wohnungsbau, der von der Regierung nicht unterstützt würde, durchzuführen.

Für die ÖVP sprach GR. Schwaiger. Er sagte unter anderem: Es ist wohl kein Mitglied unseres Gemeinderates hier im Hause, das nicht freudig seine Zustimmung zu dem neuen Wohnbauprogramm geben würde. Dem gerade auf dem Gebiet des Wohnungswesens sind unserer Stadt sehr schwere, wenn nicht die schwersten Wunden geschlagen worden, und es ist daher die Pflicht jeder verantwortungsbewußten Stadtverwaltung, diese Schäden zu beseitigen. Eines müssen wir aber hier klar und eindeutig feststellen; dieses Wohnbauprogramm kann und darf nicht für parteipolitische Zwecke ausgewertet werden.

GR. Schwaiger stellte dann fest, daß die sozialistische Partei im Laufe des Oktobers einen großen Werbefeldzug aufgezogen hat, um neue Mitglieder zu gewinnen. Dabei wird immer wieder festgestellt, daß das Wohnbauprogramm ein ausschließliches Verdienst der sozialistischen Partei war. Dazu muß festgestellt werden, daß seit dem Jahr 1945 eine Reihe von Beschlüssen im Gemeinderat gefaßt



wurde, die die gesamte Bevölkerung schwer belasten. Die Wiener haben diese Belastung gerne auf sich genommen, denn sie wußten, daß die Stadt der finanziellen Mittel bedarf, um die Kriegsschäden beheben zu können. Die ÖVP lehne es aber ab, daß sich beim Wohnhausbauprogramm die Sozialisten mit fremden Federn schmücken. (Lachen in den Bänken der SPÖ.) Der Bau von Wohnhäusern wird nur dadurch möglich, daß das ganze Volk seine Opfer bringt, und wir danken allen Wienern für ihre Opferbereitschaft. Wir geben ihnen aber auch die Versicherung, daß wir alles daransetzen werden, damit die Früchte dieser Opferbereitschaft wirklich allen zugute kommen. (Beifall bei ÖVP.)

Danach sprach GR. Opravil (SPÖ). Er erinnerte daran, daß vor 25 Jahren in dieser Stadt die ersten Zeugen des Wohnbauprogramms der Gemeindeverwaltung aufgeschienen sind. 60.000 Wohnungen wurden innerhalb des damaligen Programms gebaut, die der Bevölkerung Glück und Freude gebracht haben. Es war der Beweis dafür, daß die Stadt gewillt und imstande ist, die Wohnungsnot zu beseitigen. Die Sozialisten haben bewiesen, daß sie es verstehen, mit den gegebenen Voraussetzungen das Wohnungsprogramm zu meistern. Trotz allen Anfeindungen ist es gelungen, neue und schöne Wohnungen zu bauen, die in der ganzen Welt Anerkennung gefunden haben. (Beifall bei der SPÖ.) Der Redner stellte dann fest, daß der Antrag des Stadtrates für Bauangelegenheiten seine Fraktion mit der Hoffnung erfüllt, daß nun endlich ein Schritt weiter getan ist auf dem Weg, die Wohnungsnot zu lindern. Vor allem aber ist der Beweis erbracht worden, daß die Mehrheit des Hauses alles daransetzt, um neue Wohnungen unter den gegebenen Voraussetzungen zu bauen. Besonders erfreulich ist dabei, daß die Wohnungen auch den modernsten Ansprüchen gerecht werden. Die Gemeindeverwaltung reiht sich damit würdig an die Tradition nach dem ersten Weltkrieg an.

Zum Schluß gab der Redner die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Antrag von Stadtrat Novy und brachte den Dank für dessen Arbeit zum Ausdruck. (Beifall bei der SPÖ).

In seinem Schlußwort stellte Stadtrat Novy mit Genugtuung fest, daß eine wesentliche Änderung in der Einstellung der Parteien des Wiener Gemeinderates zwischen früher und jetzt zu verzeichnen ist. Wenn die Sozialisten, die auch vor 1934 im Wiener Gemeinderat die Mehrheit hatten und damit die Verantwortung für alles was im Gemeinderat geschah, damals über das Wohnbauprogramm sprachen, so hat das ein anderes Echo herbeigerufen. So wie es jetzt ist, damit sei er sehr zufrieden, weil damit ja die Leistung seiner Partei anerkannt werde.

Dann wandte sich Stadtrat Novy den Ausführungen der Debat-  
tenredner zu. Im Zusammenhang mit der Rede von GR. Maller betonte er nachdrücklich, daß die bishergebauten Wohnungen nicht nur Ansätze sondern die volle Ausnützung der finanziellen Mittel, des Materials und der vorhandenen Arbeitskräfte darstellen. Es ist heuer noch kein einziger Bauarbeiter in Wien arbeitslos gewesen.

Stadtrat Novy wandte sich dann gegen eine Bemerkung des GR. Mallers, wonach es nicht genüge, nur Grundsteinlegungen zu feiern. Der Redner brachte in Erinnerung, daß die Stadt Wien bereits auch schon Dachgleichenfeiern hinter sich hat und noch vor Jahresende die ersten Parteien in die neuen Wohnhäuser einweisen werde. Zur Anfrage, ob die Stadtverwaltung auch genügend finanzielle Mittel sowie Material und Arbeitskräfte für das kommende Jahr zur Verfügung haben wird, erklärte Stadtrat Novy, daß er für seine Partei die Versicherung abgeben kann, alles zu tun, um der Durchführung des Bauprogrammes gerecht zu werden. So weit es die Behebung der Kriegsschäden bei Gemeindebauten anbelangt, gab er bekannt, daß seit dem Monat Mai 1945 bis zum September 1948 9956 Gemeindewohnungen instandgesetzt wurden und daß die Mieter somit wieder ihr eigenes Dach bekamen.

Als Erwiderung auf einen Zwischenruf des Vizebürgermeisters Weinberger, der zum Ausdruck brachte, daß die Minderheit des Gemeinderates mitverantwortlich für das Bauprogramm der Gemeinde ist, entgegnete der Sprecher, daß die Hauptverantwortung die sozialistische Mehrheit trage und daß die Minderheit die Verantwortung nur mittragen könne. Wenn überhaupt heute mit dem sozialen Wohnbauprogramm begonnen werden konnte, dann geschieht das nur auf Grund der Erfahrungen, die die Sozialisten im Gemeinderat vor dem Jahre 1934 sammeln konnten. Das müßte man der Mehrheit zumindestens anerkennen. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Antrag wurde dann einstimmig angenommen.

GR. Karl Winter (ÖVP) brachte dann den Antrag über den Rückstellungsvergleich der Stadt Wien mit der evangelischen Pfarrgemeinde Mödling. GR. Dr. Hiltl meldete sich zu Wort und brachte einen Vorfall, bei dem sich ein hoher Magistratsbeamter gegen eine Delegation der Pfarrgemeinde Wolfersberg aus dem 14. Bezirk zu starken Worten verleiten ließ, zur Sprache. Sich an die Mehrheit des Hauses wendend sagte GR. Hiltl wörtlich: "Es gibt hier nur eines, befreien Sie sich von solchen Elementen, die durch ihr Verhalten dem Ansehen und dem Ruf Ihrer Partei schaden!" Die Referentin brachte dann folgenden Antrag ein: "Der Herr amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe I wird aufgefordert, gegen Senatsrat Dr. Otto Halbmayr im Sinne der Dienstpragmatik die Disziplinaruntersuchung einzuleiten. Sie begründete diesen Antrag mit der Feststellung, daß Senatsrat Dr. Halbmayr, anlässlich einer Komiteesitzung, die sich mit dem Kirchenbau des 14. Bezirkes beschäftigte, ein Verhalten an den Tag gelegt hat, das einen schweren Bruch der Überparteilichkeit darstellt. Durch sein Verhalten hat er einen schweren Verstoß gegen die freien Bürgerrechte geführt und gezeigt, daß er nicht gewillt ist, die in diesem Staate geltenden demokratischen Grundsätze zu achten.

G.R. Fronauer (SPÖ) führte dagegen aus, daß die Kirche in einem Gebäude untergebracht sei, daß vor dem Jahre 1934 zuerst ein Genossenschaftsheim war und im Jahre 1933 in ein Heim der Sozialistischen Partei umgewandelt wurde. Im Jahre 1934 wurde dieses Heim der Sozialistischen Partei gegen Recht und Gesetz mit einem brutalen Verfassungsbruch entzogen. Nun wurde im Jahre 1946 im Ausschuß VII der Antrag gestellt, dieses Heim, das nunmehr eine Kirche beherbergt, weiter auszugestalten. Als Vertreter des 14. Bezirkes habe der Redner gegen diese Verbreiterung bzw. gegen diesen Ausbau Einspruch erhoben, bis im Wege der Restitution festgestellt würde, wer der eigentliche Besitzer des Hauses sei. Er stellte fest, daß sich die Bundesregierung bis jetzt Zeit gelassen habe, die sozialistischen Ansprüche einer Erledigung zuzuführen. (Während der Ausführungen der Gemeinderäte Prof. Hiltl und Fronauer herrschte große Unruhe im Saale und der Vorsitzende mußte die Gemeinderäte öfters zur Ordnung rufen).

Der Antrag der G.R. Prof. Hiltl wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Die übrigen Geschäftsstücke der Tagesordnung wurden ohne Wortmeldung genehmigt.

Dem Gemeinderat lagen noch zwei Anträge der G.R. Dr. Altmann und Genossen sowie G.R. Steinhardt und Genossen vor. Der Antrag des G.R. Dr. Altmann forderte den Anschluß der Siedlungen im ehemaligen Ortsgebiet Eßling im 22. Bezirk an das Stadtstromnetz noch vor Einbruch des Winters. Es sollten aber den Siedlern hieraus keine neuerlichen Kosten erwachsen. Der Antrag des G.R. Steinhardt und Genossen befaßt sich mit der Erhöhung der Fürsorgeunterstützungen, die durch die Gemeinde ausbezahlt werden. Diese solle in der gleichen Weise vorgenommen werden wie bei den Löhnen und Gehältern. Bis zur Auszahlung der Erhöhungen sollten Vorschußbeträge in der Höhe von mindestens 50 Schilling im Monat zusätzlich zu ihren derzeitigen Unterstützungen ausbezahlt werden. Die derzeit geltenden Unterstützungshöchstsätze seien zu niedrig und der Gemeinderat solle ehestens eine Erhöhung vornehmen.

Beide Anträge wurden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Schluß der Sitzung des Gemeinderates um 13.45 Uhr.

2.000 Schülerzeichnungen danken der UNICEF

Heute nachmittag wurde in Anwesenheit der Minister Maisel und Sagmeister, des Bürgermeisters Dr.h.c. Körner, Nationalrates Dr. Zechner und Stadtrates Dr. Freund sowie vielen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Mitgliedern verschiedener ausländischer Hilfsaktionen eine Ausstellung eröffnet, die 2.000 Zeichnungen von Schulkindern zum Inhalt hat. Die Ausstellung ist ab morgen bis einschließlich 1. November im Kunstgewerbemuseum, Stubenring 5, bei freiem Eintritt Dienstag bis Samstag von 9 bis 16 Uhr und Sonntag von 9 bis 13 Uhr geöffnet.

Bei der Eröffnungsfeier sprach der Chef der UNICEF in Österreich, Dr. Arene, der seiner Genugtuung über den durchschlagenden Erfolg der angeregten Aktion Ausdruck gab, die allen Schulkindern zur Aufgabe stellte, in Wort oder Bild das Wesen und Wirken der UNICEF zu verdolmetschen. Er teilte mit, daß die besten Arbeiten mit Preisen ausgezeichnet würden und dankte allen beteiligten Stellen, die an dem Zustandekommen und Gelingen der Ausstellung Anteil hatten, besonders aber den kleinen Künstlern, deren Werke sicher auch im Ausland große Beachtung finden werden.

Verzögerung in der Zuckerauslieferung

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Infolge Transportschwierigkeiten wird die Zuckerauslieferung eine kleine Verzögerung erfahren. Die aufgerufenen Zuckermengen sind jedoch sichergestellt.

Schwedische Trockenmilch

Für die 3 bis 6-jährigen Kinder der Bezirke 2, 10 mit Oberlaa, 11, 13, 17, 18 und 19, die in der letzten Woche an der Ausspeisung teilgenommen haben, wird die Trockenmilch

Montag, den 18. Oktober, in den bekannten Ausgabestellen ausgegeben. Der Tag muß unbedingt eingehalten werden.

Unzulässige Handelsspannen beim Lebensmittelgroßhandel

Das Marktamt mußte bei Überprüfung des Großhandels feststellen, daß bei ausländischen Lebensmitteln, die ab Wiener Bahnhof oder Lager gekauft worden sind, neben der zustehenden Großhandelsspanne noch die Importhandelsspanne berechnet wird. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Großhändler in diesen Fällen nur die Großhandelsspanne berechnen darf.

Sind mehrere Großhändler beteiligt, so ist die Großhandelsspanne zu teilen.

---